

# atomwaffenfrei

informationen der gewaltfreien aktion atomwaffen abschaffen

## Atomwaffen abschaffen - Modernisierung verhindern! Sommercamp und (Blockade-) Aktionen vom 2. bis 11. August in Büchel!

Kommt zum Aktionscamp am NATO-Bundeswehrstützpunkt Büchel in der Südeifel (zwischen Koblenz und Trier / 13 km nordwestlich von Cochem an der Mosel). Mit unseren Aktionen fordern wir von „unserer“ Regierung die Durchsetzung des bedingungslosen Abzugs der dortigen US-Atomwaffen und die Unterlassung der geplanten Atomwaffen-Modernisierung des Typs B61-12, die aus der alten frei fallenden Atombombe sogar eine ferngelenkte Angriffswaffe macht. Gemeinsam mit den **FriedensreiterInnen**, **LEBENSLAUTE** und der **AG Büchel** aus dem **Jugendnetzwerk für politische Aktion (JunepA)** werden unter verschiedenen Mottos gestaltete Aktionen stattfinden. Wir laden hiermit Gruppen und Einzelpersonen zur Teilnahme daran - und zur Vorbereitung weiterer Blockaden und Aktionen - auf unser Aktionscamp ein. Gemeinsam mit der jährlichen Fastenaktion des **Initiativkreises gegen Atomwaffen** planen wir das Camp und unterstützen uns in unseren politischen Anliegen und unterschiedlichen Aktionsformen. Zeitgleich sind wir während der Hiroshima/Nagasakitage (6. und 9. August) vernetzt mit den Fasten- und Blockadeaktionen in Paris/Frankreich und Großbritannien.

Im großen Bündnis der Kampagne **atomwaffenfrei.jetzt** haben wir gemeinsam mit **LEBENSLAUTE** letztes Jahr mit der 24-stündigen Musik-Vollblockade Druck auf die Wahl und damit die neue Bundesregierung ausüben wollen, damit sie sich klar gegen die Umsetzung der Atomwaffen-Modernisierung und für den Abzug positioniert.

Leider entschied die große Koalition „Schwarz-Rot“ in unverantwortlicher Weise, sich hinter den USA und der NATO zu verstecken und keine Eigeninitiative für die Abrüstung zu ergreifen. Sie macht jetzt die Entscheidung über einen Abzug von erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und Russland abhängig, wodurch sich die Gefahr eines Atomkrieges mit Russland noch weiter erhöht. Die Pläne der USA zur Modernisierung dieser Atombomben machten

erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen mit Russland auch schon vor der sog. Krim-Krise unwahrscheinlich. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung sind sie umso gefährlicher.

### GAAA & politischer Hintergrund

Die **Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA)** ist Mitgliedsorganisation in der **DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsgegnerInnen)** und organisiert seit 1996 Aktionen Zivilen Ungehorsams in Büchel. Wir gehören wie rund 50 andere Organisationen und Gruppen zum „**Trägerkreis Atomwaffen abschaffen**“, der 2012 die Kampagne atomwaffenfrei.jetzt gestartet hat. Während der vorherigen Kampagne, die von 2007 bis 2012 unter dem Titel **unsere zukunft - atomwaffenfrei** lief, wurde 2009 von der damaligen „schwarz-gelben“ Bundesregierung erstmals in einem Koalitionsvertrag erklärt, die Regierung werde



sich dafür einsetzen, dass im Einvernehmen mit den NATO-Verbündeten die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden. Aber in der NATO gab es dazu keinen Konsens, sondern im Gegenteil einen Beschluss zur Modernisierung aller US-Atomwaffen in Europa. ->FortsetzungSeite2

### Inhalt:

Editorial

Fortsetzung zum Sommercamp in Büchel 2

Urteil Verwaltungsgericht Koblenz: Verbot der Flyerverteilung rechtswidrig

Urteil Amtsgericht Koblenz: 600 Euro Strafe für Flugblattverteilung 3

Bewegungsarbeiter sucht Patenschaften: 4

Foto: Herbert Sauerwein



**Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen**

Mitgliedsorganisation  
der



## Editorial

*Liebe FriedensfreundInnen,*

*dieses atomwaffenfrei setzt den Schwerpunkt auf die Mobilisierung zu unseren Blockade-Aktionen in diesem Sommer (2.-11. August) in Büchel. Und auch für das Frühjahr 2015 sind Blockade-Aktionen in Planung, durchgehend bis zum Ende der nächsten Überprüfungs-konferenz zum Atomwaffen-sperrvertrag (NPT) der UN im Mai 2015 in New York. Damit stellen wir hohe Anforderungen an uns und das persönliche Engagement einiger Aktiver, die der bundesweiten Beachtung, Beteiligung und Unterstützung in und aus der Friedensbewegung bedarf.*

*Es besteht seit dem Kalten Krieg erneut die Gefahr, dass Europa einen Atomkrieg erleben und Deutschland darin eine wichtige Rolle spielen könnte. Auch hiervoor wurde auf dem Ostermarsch in Büchel gewarnt, an dem wieder 250 Menschen teilnahmen. Die Anwohnerin Dr. Elke Koller vom Internationalem Versöhnungsbund, Regionalgruppe Cochem-Zell gab bekannt: „Der modernisierte Atom-bombentyp B 61-12 soll nicht nur mit einer geringeren Sprengwirkung ausgestattet werden, sondern durch satellitengestützte Fernlenk-systeme auch zielgenauer sein. Praktisch entsteht eine neue Atomwaffe, wobei die Schwelle für ihren Einsatz sinkt. Neben der Stationierung des Raketenabwehr-systems in Europa hat damit ein neues Wettrüsten begonnen und die Gefahr eines neuen „Kalten Krieges“ wird heraufbeschworen.“*

*Mut machte uns der Neuseeländer Alyn Ware, alternativer Nobelpreis-träger und Gründer sowie Koordinator des Parlamentariernetzwerkes für nukleare Abrüstung: „Wir brauchen kein Militär, um Probleme in der Politik zu lösen.“ Und: „Manchmal erscheint dieses Ziel (Abzug der Atomwaffen aus Deutschland) unmöglich, nachdem schon so viele Jahre hier demonstriert wird, doch wir in Neuseeland haben es auch geschafft“. Ein großes Danke möchte ich hier der DFG-VK aussprechen, die unsere Aktionen schon seit Jahren unterstützt und mitträgt.*

*In der Hoffnung Euch bald (wieder) in Büchel zu sehen,*

*Für die GAAA,*

*Marion Küpker*

D.h. die ca. 20 US-Atombomben bleiben bis auf weiteres in Deutschland und zudem ist geplant, dass die schätzungsweise 180 US-Atomwaffen in Europa für etwa 10 Milliarden Dollar modernisiert werden. In den Jahren 2015 bis 2018 kommen auf uns SteuerzahlerInnen allein 250 Millionen Euro Kosten für die technische Aufrüstung des Trägerflugzeuges „Tornado“ zu, damit dieses - von Bundeswehr-Piloten gesteuert - die neue Bombe ins Ziel tragen kann, was sich „nukleare Teilhabe in der NATO“ nennt.



Ostermarsch in Büchel 2014 Foto: H. Sauerwein

### Aktions-Übereinkunft

Wir rufen dazu auf, dass alle TeilnehmerInnen an diesen Aktionen des gewaltfreien Widerstands keine körperliche Gewalt gegen Personen anwenden oder androhen. Niemand soll beschimpft oder verhöhnt werden. Wir wollen unser Gegenüber (PolizistInnen, SoldatInnen, GegnerInnen unserer Aktionen) respektieren, auch wenn wir deutliche Kritik an ihrer gesellschaftlichen Rolle und/oder ihrem konkreten Verhalten haben. Wir bitten darum, vor den Aktionen an Trainings in gewaltfreiem Widerstand teilzunehmen, und wir raten dringend davon ab, vor oder während der Aktionen Alkohol oder andere Drogen zu sich nehmen.

### Rechtliches zu Blockaden

Unter den vielen Möglichkeiten Zivilen Ungehorsam zu leisten, ist eine Blockade der Zufahrtstore des Atomwaffenstützpunktes als sogenannte Ordnungswidrigkeit eine eher niederschwellige Aktion, bei der ein geringes Bußgeld verhängt werden könnte. Erfahrungsgemäß, wie auch bei der letzten 24-stündigen Musik-Vollblockade im Sommer 2013, findet voraussichtlich keine strafrechtliche Verfolgung statt, zumal große Organisationen des Anti-Atomwaffen-Trägerkreises hinter uns stehen, mit denen wir in der Kampagne atomwaffenfrei.jetzt vernetzt sind (siehe: [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)). Auch Nichtblockierende sind auf dem Camp und bei den Aktionen zur Unterstützung sehr wichtig – ihre Anwesenheit bietet Schutz und schafft eine größere Akzeptanz. Da wir uns auch nach der Aktion solidarisch füreinander einsetzen, begleiten wir eventuelle Verfahren im Nachhinein. Hierfür haben wir einen Rechtshilfefonds. Eine Schrift mit rechtlichen Informationen zu Aktionen Zivilen Ungehorsams kann bestellt werden bei

Unser aktuelles Ziel ist es, anlässlich der nächsten Überprüfungs-konferenz zum Atomwaffen-sperrvertrag (NPT) der UN im Mai 2015 in New York noch mal Druck auf unsere Regierung für den Abzug zu machen! Wir wollen in der jetzigen Kampagnenphase „Last Exit New York“ parallel zur Lobbyarbeit den Druck durch Zivilen Ungehorsam erhöhen und damit dem Willen der Bevölkerungsmehrheit Ausdruck verleihen, die den illegalen Zustand ablehnt. Die sogenannte nukleare Teilhabe verstößt u. a. auch gegen den Atomwaffen-sperrvertrag, dem die Bundesrepublik als Nichtkernwaffenstaat 1968 beigetreten ist. Darin hat sie sich verpflichtet, Atomwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen.

Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar,  
[jur.folgen@gaaa.org](mailto:jur.folgen@gaaa.org)

### Camp-Infrastruktur

Wir organisieren unsere Küche selbst mit bio-regionalem-vegan/vegetarischem Essen und versorgen uns möglichst mit Solar- und Windstrom sowie Kompostklos. Eine rollstuhlgerechte Toilette wird auf dem Camp am Hauptort vorhanden sein. Wir suchen Mithilfe bei der Mobilisierung, bei der Orga im Camp, für Infotische z.B. zu frauen-, umwelt- und friedenspolitischen Themen (keine Parteientische). Ein geringer Campbeitrag für Verpflegung und Infrastruktur wird vor Ort erhoben, soll aber niemanden von der Teilnahme abhalten.


**Für die Realisierung der Proteste sind wir dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen: Spenden bitte an:**

GAAA, Konto-Nr. 8019151200 bei der GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 43060967, Stichwort: Büchelaktionen 2014 (*Wem eine Spendenbescheinigung wichtig ist, nimmt bitte vorher Kontakt auf.*)

### Mach mit!

*Setz Dich ein für eine Welt ohne Atomwaffen!  
Wir freuen uns auf Dich!*

### Infos auf:

[www.buechel-atomwaffenfrei.de](http://www.buechel-atomwaffenfrei.de)  
Kontakt: [info@buechel-atomwaffenfrei.de](mailto:info@buechel-atomwaffenfrei.de)  
mk 





# Amtsgericht Koblenz urteilte entgegengesetzt dem Verwaltungsgericht Koblenz

Am 27. Februar wurde in Koblenz über die Klage unseres Mitstreiters Hermann Theisen beim Verwaltungsgericht verhandelt (wie in der vorigen Ausgabe von „atomwaffenfrei“ auf Seite 4 angekündigt worden war). Hermann hatte im Frühjahr des vergangenen Jahres eine Kundgebung in Koblenz angemeldet, um dabei Flugblätter zu verteilen mit einem von ihm verfassten Aufruf zur gewaltfreien Vollblockade aller Tore des Atomwaffenstützpunkts Büchel am 11. und 12. August 2013. Ein Exemplar seines Aufrufs legte er der Anmeldung bei. Die Koblenzer Stadtverwaltung ließ das Flugblatt prüfen und untersagte anschließend Hermann die Verteilung mit der Begründung, darin werde zur strafbaren Nötigung aufgerufen. Hermann verteilte seine Flyer trotzdem; die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte sie. Sein Widerspruch dagegen wurde abgewiesen; daraufhin klagte er gegen die Stadt und das Verwaltungsgericht musste sich mit der Sache beschäftigen.

Zwei Wochen vor der Verhandlung schickte der Rat der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ dem vorsitzenden Richter eine Erklärung, mit der er Hermanns Klage unterstützte, „denn gewaltfreie Sitzblockaden aus Protest gegen die Lagerung und Bereithaltung von Atomwaffen sind nach unserer Überzeugung rechtmäßig und geboten“. Der Kampagnenrat wies darauf hin, dass die von der Kampagne veranstaltete Blockade am 11./12.8.2013 mehrere hundert

TeilnehmerInnen hatte und für annähernd 24 Stunden alle neun Zufahrten zu dem Militärgelände bei Büchel durch Sitzende versperrt wurden, aber gegen niemand von ihnen ein Verfahren wegen Nötigung oder wegen eines anderen Strafvorfalles eingeleitet wurde. Außerdem wurde in der Erklärung erwähnt, dass im Frühjahr und Sommer 2013 zahlreiche Angehörige der Kampagne einen inhaltlich gleichen Blockadeaufruf verbreitet hatten. Und obwohl 36 UnterzeichnerInnen dieses Aufrufs sich bei der Staatsanwaltschaft selbst anzeigten wegen Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten, so wurde doch gegen keine/n von ihnen ein juristisches Verfahren eingeleitet. Unterzeichnet wurde die Erklärung von VertreterInnen namhafter Organisationen, die dem Kampagnenrat angehören, z.B. *Versöhnungsbund, Ärztinnen und Ärzte gegen Atomkrieg, Netzwerk Friedenskooperative, Ohne Rüstung Leben, Deutsche Friedensgesellschaft, ...* – und natürlich auch von der GAAA.

In der Verhandlung am 27. Februar erschien Hermann mit seinem Rechtsanwalt Martin Heimig, dem Bundesvorsitzenden des *Republikanischen Anwaltsvereins*. Das Urteil des Verwaltungsgerichts erfuhr die beiden erst Mitte März: Hermanns Klage wurde stattgegeben und das von der Stadtverwaltung ausgesprochene Verbot der Flugblätterverteilung für rechtswidrig erklärt. Die Urteilsbegründung fiel überraschend deutlich aus: Entgegen der Auffassung der Stadt sei mit



ProzessbeobachterInnen mit Hermann Theisen und Anwalt vor dem Verwaltungsgericht Koblenz

den Flugblättern nicht zu einer Straftat (Nötigung durch Blockieren) aufgefordert worden. Der Blockadeaufruf habe sich auf eine gemeinsame Aktion von Personen bezogen, die grundsätzlich unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit gestanden habe. Das Bundesverfassungsgericht habe am 7.3.2011 ausgeführt, dass der Schutz der Versammlungsfreiheit nicht auf Veranstaltungen beschränkt sei, auf denen argumentiert und gestritten werde, sondern „*vielfältige Formen gemeinsamen Verhaltens bis hin zu nicht verbalen Ausdrucksformen, darunter auch Sitzblockaden*“(!), umfasse. Zwar gehe bei „*kollektiver Unfriedlichkeit*“ der Schutz verloren. Aber Behinderungen Dritter, selbst wenn sie gewollt seien (!), würden nicht die Einschätzung rechtfertigen, die Versammlung sei nicht mehr friedlich.

Mitte April hat Hermann erfahren, dass die Stadt Koblenz dieses Urteil nicht anfechten wird; es ist somit rechtskräftig.

Martin Otto

## Koblenz/Büchel (1.5.2014) - Das Amtsgericht Koblenz hat den Atomwaffengegner Hermann Theisen aus Heidelberg wegen der öffentlichen Aufforderung zu einer Straftat zu einer Geldstrafe von 600 Euro verurteilt.

Dieter Junker schrieb:

Der Angeklagte hatte im Mai vergangenen Jahres mit einem Flugblatt zu einer Blockade des Fliegerhorstes Büchel aufgerufen. Mit dem Urteil bestätigte das Amtsgericht den damaligen Strafbefehl, gegen den Theisen Widerspruch eingelegt hatte. Es war der Aufruf zur Vollblockade aller Tore über zwei Tage, den das Amtsgericht damit ahndete. „*Sie wollten, dass keiner rein- und keiner rauskam, und das für eine nicht unwesentliche Zeitdauer. Damit ist ein Punkt der Strafbarkeit erreicht, der auch nicht mehr durch die wichtigen Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gedeckt ist*“, sagte Richterin Anke van den Bosch in ihrer Urteilsbegründung. Auch wenn es bei der eigentlichen Blockade keine Anzeigen gab und Soldaten problemlos auf das Gelände gelangten, so habe man dennoch nicht davon ausgehen können, dass nicht Fahrzeuge zumindest in zweiter Reihe durch vor ihnen wartende

Fahrzeuge an einer Weiterfahrt gehindert worden wären, betonte sie und verwies auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.

Mit ihrem Urteil folgte sie dabei dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Staatsanwalt Christopher do Paco Quesado...


Rechtsanwalt Martin Heimen widersprach dieser Auffassung vehement. Vielmehr müsse abgewägt werden, ob ein solcher Aufruf als verwerflich anzusehen sei. Dies habe auch das Verwaltungsgericht Koblenz vor wenigen Wochen so entschieden, als es um die Rechtmäßigkeit eines Entscheids der Stadt Koblenz ging, mit dem die Verteilung des Flugblattes untersagt worden war. Damals hatten die Koblenzer Richter Hermann Theisen recht gegeben.

Der Verteidiger appellierte an das Amtsgericht, der Rechtsauffassung der Verwaltungsrichter zu folgen und für eine einheitliche Rechtsprechung zu sorgen. „*Was soll denn passieren, wenn sie hier*

*verurteilen, Hermann Theisen aber im Sommer wieder einen Aufruf verteilt, die Stadt Koblenz mit Sicherheit dies nicht untersagt? Gehen Sie dann gegen die Stadt Koblenz wegen Unterlassung vor?*“, fragte er den Staatsanwalt. Statt repressiv solle die Anklagebehörde das Strafrecht wohlwollend auslegen, meinte der Anwalt, vermutete aber eher einen „*starken Verfolgungseifer*“. Richterin van den Bosch erklärte, sie könne die Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichtes nicht nachvollziehen, vor allem nicht die Auslegungsmöglichkeiten, die die Verwaltungsrichter gesehen hatten. „*Für mich ist der Aufruf eindeutig. Hier geht es um eine zwei Tage dauernde Blockade aller Tore. Und damit ist der Tatbestand der Nötigung verwirklicht*“, meinte sie.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Hermann Theisen kündigte bereits im Gerichtssaal an, dieses Urteil anzufechten

# GAAA-Aktiver sucht Patenschaften

Carsten Orth ist langjähriger Mitorganisator in der GAAA und hat seit 2008 alle unsere Camps in Büchel maßgeblich koordiniert und organisiert. Gerade auch für unsere für das Frühjahr 2015 in Büchel geplante Dauer-Blockade-Aktion in Büchel ist es wichtig, Einzelne, die über Monate vor Ort im Camp sein werden, über ein Grundeinkommen in ihrer Existenz abzusichern. Daher unterstützen wir als GAAA sein Anliegen und hoffen, mit der Veröffentlichung (hier leicht gekürzt) seines bisher nur im persönlichen Umfeld verteilten Bewegungsarbeiter-Spendenaufrufs noch ein paar PatInnen zu finden: mk 

## Bitte und Angebot

Mit meiner Erwerbstätigkeit als selbständiger Tischler halte ich mich „gerade so über Wasser“, und nebenbei bin ich, soviel ich kann, politisch aktiv. Diese Arbeit in lokalen Bürgerinitiativen, z. B. „Brokdorf akut“, und überregionalen Kampagnen und Aktionsgruppen, z. B. in der „Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen“, macht mir viel Freude, sie ist mir aber auch ein wichtiges Anliegen, um einen Beitrag zur Entwicklung in eine bessere Richtung zu leisten und Alternativen stark zu machen. Diese Arbeit verlangt viel Kraft und Zeit – so viel Zeit, dass ich Dich/Sie um Hilfe bitte, und erstmal darum, diesen Text einmal in Ruhe durchzulesen.

## Kurz gesagt:

Ich möchte als unabhängiger „Bewegungsarbeiter“ gezielt auf die Unterstützung von Menschen setzen, denen meine Arbeit etwas bedeutet, und die mich darum mit einem monatlichen Betrag ihrer Wahl unterstützen. Wer ich bin und was ich tue

Ich bin Jahrgang 1960, seit 1995 selbständiger Tischler mit eigener kleiner Werkstatt, und weil ich nur für mich selbst sorgen muss, komme ich mit relativ wenig Geld aus. Seit 2001 bin ich politisch aktiv. Das begann bei X-tausendmal quer, wo ich Gewaltfreie Aktion und basisdemokratische Entscheidungsfindung kennen und schätzen lernte. Die Themenpalette erweiterte sich schnell, und zu „Atomkraft und Castortransporte“ kamen die Agro-Gentechnik, Atomwaffen sowie Militarismus und Deutschland im Krieg...

Manche dieser Themen sind „Dauerbrenner“, bei manchen haben wir scheinbar nicht viel erreicht, aber bei anderen konnten wir Erfolge erzielen. Diese Erfolge müssen oft auch weiter verteidigt werden, z.B. ganz aktuell mal wieder der „Atomausstieg“ und die dringend nötige Energiewende... Das hängt oft an Gesetzgebungen, an Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen, und ohne „Druck von der Straße“ würden unsere „Volksvertreter\_innen“ meist dem Drängen der mächtigen Lobbyinteressen noch mehr nachgeben.

Ich engagiere mich in Bürgerinitiativen und bei direkten (gewaltfreien) Aktionen. Ein Schwerpunkt dabei, der besonders arbeitsintensiv ist, mir aber auch besonders viel Spaß macht, ist das (Mit-) Organisieren von Protestcamps.

Außerhalb der Campsaison liegt der Schwerpunkt bei Info- u. Diskussionsveranstaltungen (z.B. ZUGABe-Forum), und auch die inhaltliche Arbeit in den Gruppen und die gemeinsame

Entwicklung und Umsetzung von Ideen und Konzepten ist mir wichtig. Nebenbei unterstütze ich ein bisschen technisch, z.B. durch das Betreuen von Mailinglisten und das Schreiben von E-Mail-Rundbriefen.

## Meine Pläne für 2014:

Neben der Mitarbeit an zwei Camps, wieder eins in Büchel (gegen die sog. Modernisierung, für den Abzug der dort liegenden Atombomben und für die weltweite Ächtung aller Atomwaffen) und eins in der Altmark (War starts here am sog. Gefechtsübungs-Zentrum, wo die Bundeswehr nicht nur Kriegseinsätze in aller Welt trainiert, sondern auch das Niederschlagen von Unruhen im Inland) wird regional die Arbeit für das schnellstmögliche Abschalten des Akw Brokdorf Schwerpunkt bleiben, und vermutlich kommt das Thema „Fracking“ dazu.

Das allermeiste meines Engagement ist „ehrenamtlich“, und es hat das Ausmaß des bezahlten Urlaubs eines Arbeitnehmers längst überschritten. Manchmal werden mir Fahrtkosten erstattet, aber selten bekomme ich so etwas wie ein geringes Honorar als Ersatz für meinen „Verdienstaustausch“, und so war ich in den vergangenen Jahren oft in finanziell sehr schwierigen Situationen. Deswegen aber die politische Arbeit einzuschränken oder gar ganz aufzugeben, bringe ich nicht übers Herz.

Darum an Dich die Bitte um einen Beitrag dazu, die gleichzeitig das Angebot ist, sozusagen indirekt an der Arbeit und gesellschaftlichen Entwicklung auf den genannten Gebieten beteiligt zu sein.

## Mein Plan:

Das Modell des „Friedensarbeiters“ oder der „Bewegungsarbeiterin“ gibt es schon länger, und es funktioniert bei etlichen Vollzeit-Aktiven, die ich kenne, sehr gut. Darum möchte ich auch versuchen, mit Deiner Hilfe, einen Kreis von Menschen aufzubauen, die mit festen monatlichen Spenden zu meinem Lebensunterhalt beitragen. Den größten Teil meiner politischen Arbeit mache ich im Rahmen des COMM e.V. . Der Verein zahlt mir ein Gehalt für eine Teilzeitstelle, was mir auch eine günstige Krankenversicherung ermöglicht. Damit aus dieser Bewegungsarbeits-Stelle eine längerfristige Grundlage, ein zweites Standbein für mich wird, brauche ich neue Unterstützer\_innen, z. B. Dich.

## Der COMM e.V.

wurde im Mai 2011 gegründet, und sein Zweck ist die politische und kulturelle Kin-



der-, Jugend- und Erwachsenenbildung, besonders in den Bereichen Demokratie, Umwelt- u. Naturschutz, Frieden und Abrüstung, Toleranz und Völkerverständigung sowie Menschen- und Völkerrecht (Zitat aus der Satzung). Damit verfolgt der Verein sog. gemeinnützige Zwecke und kann einkommensteuerermindernde Spendenbescheinigungen ausstellen.

Da der COMM e.V. seinen Zweck hauptsächlich durch die Initiierung, Planung und Durchführung von Zeltlagern mit entsprechendem Bildungsprogramm erreicht, besitzt er eine stetig wachsende Ausstattung an Material und technischen Geräten. Das zu pflegen und zu lagern verursacht auch Arbeit und Kosten. Bei politischer Arbeit hin zu einer gerechteren Welt ohne Krieg und Unterdrückung ist schon der Weg das Ziel. D. h. es kommen nur Gewaltfreie Aktionen in Frage, und in den Aktions- und Vorbereitungsgruppen werden Entscheidungen basisdemokratisch nach dem Konsensprinzip getroffen. Ein paar Beispiele für meine Arbeit finden sich auf der Internetseite [www.comm-ev.de](http://www.comm-ev.de) (wobei ich nicht an allem dort erwähnten maßgeblich beteiligt war), und Fragen, Anregungen und Kritik nehme ich gerne entgegen, per Post, per Mail an [carsten@comm-ev.de](mailto:carsten@comm-ev.de) oder per Telefon: 04121 483977.

Mit lieben Grüßen,  
**Carsten Orth**

## Impressum atomwaffen frei

### HerausgeberIn:

Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen GAAA  
V.i.S.d.P. Marion Küpker  
Beckstr. 14  
20357 Hamburg  
Tel. 040 - 430 73 32  
[www.gaaa.org](http://www.gaaa.org)  
[info@gaaa.org](mailto:info@gaaa.org)

### Bürozeiten:

Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr

### Bankverbindung:

GLS Gemeinschaftsbank  
Konto-Nr. 8019151200  
BLZ 43060967

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.